LANDESGESETZBLATT

FÜR DAS BURGENLAND

Jahrgang 2001

Ausgegeben und versendet am 12. März 2001

5. Stück

-
6. Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 6. Feber 2001 über die Grundausbildung für die Verwendungsgruppe A
7. Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 6. Feber 2001 über die Grundausbildung für die Verwendungsgruppe B
8. Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 6. Feber 2001 über die Grundausbildung für die Verwendungsgruppe C
9. Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 6. Feber 2001 über die Grundausbildung für die Verwendungsgruppe D
-

6. Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 6. Feber 2001 über die Grundausbildung für die Verwendungsgruppe A

Auf Grund der §§ 24 bis 36 und 181 Abs. 1 des Landesbeamten-Dienstrechtsgesetzes 1997, LGBl. Nr. 17/1998, zuletzt geändert durch Gesetz LGBl. Nr. 19/1999, wird verordnet:

1. Abschnitt Anwendungsbereich

§ 1

Diese Verordnung regelt die Grundausbildung für die Verwendungsgruppe A.

2. Abschnitt Ausbildung

§ 2

Ausbildungsarten

(1) Die Grundausbildung erfolgt durch praktische Verwendung (Schulung am Arbeitsplatz), durch Selbststudium sowie allenfalls durch einen Ausbildungslehrgang.

(2) Sofern im Folgenden nichts anderes bestimmt ist, hat die praktische Verwendung in der Dauer von mindestens zwei Jahren bei einer oder mehreren Organisationseinheiten des Amtes der Landesregierung oder bei Einrichtungen im Sinne des § 41 LBDG 1997 stattzufinden.

§ 3

Ausbildungslehrgang

(1) Sofern Ausbildungslehrgänge eingerichtet werden, sind jedenfalls nachstehend angeführte Gegenstände vorzusehen:

Gegenstand	Verwendung
1.1. Österreichisches Verfassungsrecht unter besonderer Berücksichtigung seiner Anwendung sowie Behördenorganisation	für den rechtskundigen Dienst
1.2. Österreichisches Verfassungsrecht und Behördenorganisation	für die übrigen Verwendungen
2. Dienst- und Besoldungsrecht der Landesbediensteten	für alle Verwendungen
3. Grundzüge des Haushaltsrechtes	für alle Verwendungen
4.1. Verwaltungsverfahrenrecht unter besonderer Berücksichtigung seiner Anwendung und Kanzleiordnung	für den rechtskundigen Dienst
4.2. Verwaltungsverfahrenrecht und Kanzleiordnung	für die übrigen Verwendungen

5. Wesentliche Elemente des Verwaltungsrechtes und Technik der Rechtsetzung	für den rechtskundigen Dienst
6. Organisationslehre und Organisationsstruktur der öffentlichen Verwaltung	für alle Verwendungen
7. Grundzüge der automationsunterstützten Datenverarbeitung	für alle Verwendungen
8. Grundzüge der Wirtschaftspolitik	für den rechtskundigen Dienst und den Wirtschaftsdienst
9. Arbeitnehmerschutz	für die technischen Dienste
10. Grundzüge des Umweltschutzes	für die technischen Dienste (mit Ausnahme des ausschließlich im Bereich der automationsunterstützten Datenverarbeitung tätigen technischen Dienstes)
11. Grundzüge des Umweltrechtes	für den rechtskundigen Dienst
12. Ziviltechnikerwesen	für die technischen Dienste
13. Gesprächs-, Argumentations- und Interviewtechnik sowie serviceorientiertes Verhalten	für alle Verwendungen

(2) Die unter Abs. 1 Z 1 angeführten Gegenstände haben auch allgemeine Grundkenntnisse über Organisation, Wirkungsmechanismen und hauptsächliche Regelungsbereiche der Europäischen Union (EU) zu umfassen. Darüber hinaus sind

1. in dem in Abs. 1 Z 8 angeführten Gegenstand und
2. in den in der Anlage angeführten Gegenständen, soweit sie Angelegenheiten der Wirtschaft betreffen, die entsprechenden Bezüge zur EU zu berücksichtigen.

(3) Sind in Gegenständen der Dienstprüfung, die nicht in Abs. 1 angeführt sind, genügend Kandidaten vorhanden, können diese Gegenstände in die jeweiligen Ausbildungslehrgänge miteinbezogen werden.

§ 4

Zulassung zum Ausbildungslehrgang

(1) Das Zuweisungserfordernis zum Lehrgang im Sinne des § 26 Abs. 1 Z 2 LBDG 1997 erfüllen jene Bediensteten, die am Beginn des Lehrganges seit mindestens sechs Monaten in einer Verwendung stehen, für die der erfolgreiche Abschluss dieser Grundausbildung als Definitivstellungserfordernis vorgeschrieben ist.

(2) Hat ein Bediensteter mehr als ein Drittel des für ihn vorgesehenen Ausbildungslehrganges versäumt, so ist die Zuteilung (Zulassung) zum Lehrgang zu widerrufen.

3. Abschnitt Dienstprüfung

§ 5

Form der Dienstprüfung

Die Dienstprüfung ist schriftlich und mündlich abzulegen.

§ 6

Schriftliche Prüfung

(1) Die Aufgaben der schriftlichen Prüfung sind in einem der Verwendungsgruppe A angemessenen Schwierigkeitsgrad zu erstellen und dem Stoffgebiet zu entnehmen, das für die mündliche Prüfung des Bediensteten vorgesehen ist. Bei der Themenstellung ist auf die Verwendung des Bediensteten Bedacht zu nehmen.

(2) Die schriftliche Prüfung ist als Klausurarbeit abzuhalten und darf nicht länger als sechs Stunden dauern. Die Klausurarbeit in den technischen Fächern darf nicht mehr als acht Stunden dauern, wenn sie zeichnerische Darstellungen umfasst oder wenn technische Planungsaufgaben zu lösen sind.

(3) Der Vorsitzende der Prüfungskommission kann vorgelegte einschlägige wissenschaftliche Veröffentlichungen des Bediensteten, soweit sie nicht für die Erlangung eines akademischen Grades maßgebend waren, einer erfolgreichen Ablegung der schriftlichen Prüfung gleichhalten.

§ 7

Mündliche Prüfung

(1) Die mündliche Prüfung umfasst die in § 3 Abs. 1 für die betreffende Verwendung vorgesehenen Gegenstände.

(2) Die mündliche Prüfung umfasst außerdem die Gegenstände, die nach der Anlage zu dieser Verordnung

für die betreffende Verwendung vorgesehen sind oder die entsprechend den Vorschriften dieser Anlage von der Dienstbehörde bestimmt wurden. Die Dienstbehörde hat bei der in der Anlage vorgesehenen Auswahl der Gegenstände auf die Verwendung des Bediensteten Bedacht zu nehmen.

(3) Bei den in der Anlage angeführten Gegenständen sind auch - soweit dort nichts anderes bestimmt wird - die mit dem betreffenden Gegenstand in sachlichem Zusammenhang stehenden Rechtsvorschriften zu prüfen, soweit dies für die betreffende Verwendung in Betracht kommt.

§ 8

Prüfungszeugnis

Im Prüfungszeugnis sind - mit Ausnahme des im § 3 Abs. 1 Z 12 angeführten Gegenstandes - sämtliche Gegenstände anzuführen, auf die sich die Grundausbildung erstreckt hat. Ausmaß und Umfang der Anrechnung einer Ausbildung oder Prüfung gemäß § 36 LBDG 1997 sind im Prüfungszeugnis zu bezeichnen.

§ 9

Prüfungskommission

(1) Für die Dienstprüfung ist eine Prüfungskommission beim Amt der Burgenländischen Landesregierung einzurichten.

(2) Zu Mitgliedern der Prüfungskommission dürfen nur Beamte der Verwendungsgruppe A oder gleichwertiger Besoldungs- und Verwendungsgruppen sowie sonstige, in ihrem Fach anerkannte, wissenschaftlich tätige Personen bestellt werden. Vortragende beim Lehrgang sind vorzugsweise zu berücksichtigen.

§ 10

Prüfungssenat

(1) Der Prüfungssenat darf neben dem Vorsitzenden nicht mehr als fünf Mitglieder umfassen.

(2) Die in § 3 Abs. 1 Z 1, 2, 4, 5, 6 und 11 angeführten Gegenstände sind von rechtskundigen Senatsmitgliedern zu prüfen.

(3) Für Prüfungen von Kandidaten

1. des rechtskundigen Dienstes ist ein rechtskundiger Bediensteter,

2. der technischen Dienste ist ein Absolvent einer technischen Universität,

3. des agrartechnischen Dienstes ist ein Absolvent einer technischen Universität oder der Universität für Bodenkultur

als Senatsvorsitzender heranzuziehen.

4. Abschnitt

Anrechnung auf die Grundausbildung

§ 11

Der Vorsitzende der Prüfungskommission kann nachstehende Ausbildungen und Prüfungen gemäß § 36 Abs. 1 LBDG 1997 auf die Grundausbildung anrechnen:

1. Staatsprüfung für den höheren Forstdienst,

2. Richteramts-, Rechtsanwalts- und Notariatsprüfung,

3. Ziviltechnikerprüfung,

4. erfolgreicher Abschluss des Universitätslehrganges Bibliotheks- und Informationsmanagement an der Donau-Universität Krems,

5. erfolgreich abgeschlossene EDV-Kurse, soweit in ihnen Kenntnisse in dem für den Gegenstand „Grundzüge der automationsunterstützten Datenverarbeitung“ erforderlichen Umfang vermittelt werden.

5. Abschnitt

Sonderbestimmungen für einzelne Verwendungen

§ 12

Amtsärztlicher Dienst

Für den amtsärztlichen Dienst (Ärzte und Tierärzte) wird der erfolgreiche Abschluss der Grundausbildung für die Verwendungsgruppe A ersetzt durch die erfolgreiche Ablegung der ärztlichen beziehungsweise tierärztlichen Physikatsprüfung.

§ 13

Forsttechnischer Dienst

Für den forsttechnischen Dienst wird der erfolgreiche Abschluss der Grundausbildung für die Verwendungsgruppe A ersetzt durch die erfolgreiche Ablegung der Staatsprüfung für den höheren Forstdienst gemäß der forstlichen Staatsprüfungsverordnung, BGBl. Nr. 221/1989.

§ 14**Rechtskundiger Dienst**

Bedienstete des rechtskundigen Dienstes haben im Rahmen ihrer praktischen Verwendung (§ 2) nachstehende fachliche Verwendungen nachzuweisen:

1. bei einer Bezirksverwaltungsbehörde für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten und
2. in mehreren Fachabteilungen des Amtes der Landesregierung für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten, wobei der Bedienstete in einer Fachabteilung mindestens für einen Zeitraum von zwei Monaten zu verwenden ist.

§ 15**Wirtschaftsdienst**

Bedienstete des Wirtschaftsdienstes haben im Rahmen der schriftlichen Prüfung an Stelle einer Klausurarbeit eine Hausarbeit zu verfassen und spätestens sechs Wochen vor der mündlichen Prüfung maschinenschriftlich oder gedruckt in zwei Exemplaren der Prüfungskommission vorzulegen. Das Thema ist jenem Zweig der Wissenschaften zu entnehmen, in dem der Bedienstete tätig ist oder tätig sein soll. Themenstellung und Beurteilung der Hausarbeit obliegen einem vom Vorsitzenden der Prüfungskommission hierfür bestimmten Mitglied der Prüfungskommission. Eine positive Beurteilung der Hausarbeit ist Voraussetzung für die Zulassung zur mündlichen Prüfung. § 6 Abs. 3 wird durch diese Bestimmungen nicht berührt.

§ 16**Wissenschaftlicher Dienst**

(1) Für Bedienstete des wissenschaftlichen Dienstes gilt § 15 sinngemäß.

(2) Bei archividienstlicher Verwendung hat die Dienstbehörde zusätzlich die erfolgreiche Absolvierung der Staatsprüfung des Institutes für Österreichische Geschichtsforschung vorzuschreiben. Hat der Bedienstete diese Prüfung erfolgreich abgelegt, so entfallen die schriftliche Prüfung und von der mündlichen Prüfung die Gegenstände „Österreichisches Verfassungsrecht und Behördenorganisation“ und „Archivwesen“.

6. Abschnitt**Schlussbestimmungen****§ 17**

(1) Diese Verordnung tritt mit dem ihrer Verlautbarung folgenden Monatsersten in Kraft.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung treten außer Kraft:

1. Verordnung der Burgenländischen Landesregierung betreffend die Ausbildung und die Prüfung für den Rechtskundigen Verwaltungsdienst, LGBl. Nr. 42/1973,
2. Verordnung der Burgenländischen Landesregierung über die Grundausbildung im Höheren technischen Agrardienst, LGBl. Nr. 89/1993.

(3) Gemäß § 181 Abs. 1 LBDG 1997 treten mit Inkrafttreten dieser Verordnung ferner außer Kraft:

1. Verordnung des Bundeskanzlers betreffend die Prüfung für den höheren Wirtschaftsdienst, BGBl. Nr. 70/1972,
2. Verordnung des Bundeskanzlers betreffend die Prüfung für den höheren technischen Dienst, BGBl. Nr. 219/1973,
3. Verordnung des Bundeskanzlers betreffend die Prüfung für den wissenschaftlichen Dienst, BGBl. Nr. 160/1974, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 381/1975,
4. Verordnung des Bundeskanzlers betreffend die Prüfung für den höheren statistischen Dienst, den gehobenen statistischen Dienst, den statistischen Fachdienst und den mittleren statistischen Dienst, BGBl. Nr. 639/1974, soweit sie den höheren statistischen Dienst betrifft,
5. Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht über die Prüfung für den Dienstzweig „Höherer Bibliotheksdienst“, BGBl. Nr. 236/1961, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 236/1963,
6. Verordnung des Bundeskanzlers betreffend die Prüfung für den höheren Redaktionsdienst und den gehobenen Redaktionsdienst, BGBl. Nr. 39/1975, soweit sie den höheren Redaktionsdienst betrifft,
7. Kundmachung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 5. August 1949, BGBl. Nr. 215, betreffend die Erlassung einer Vorschrift über die tierärztliche Physikatsprüfung (Tierärztliche Physikatsprüfungsordnung), in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 56/1952,
8. Verordnung des Ministers des Innern vom 21. März 1873, RGBl. Nr. 37, in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 100/1947.

Für die Landesregierung:

Nießl

Anlage
Gegenstände gemäß § 7 Abs. 2

Rechtskundiger Dienst:

a) neben den in Z 2, 3, 7 und 8 genannten Gegenständen nach Wahl der Dienstbehörde weitere zwei der nachfolgend angeführten Gegenstände:

1 Gesundheitsrecht

Organisation des öffentlichen Sanitätswesens, Lebensmittelrecht, Vorschriften über Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, Angelegenheiten der Krankenanstalten und der Alten- und Pflegeheime, Heilvorkommen- und Kurortwesen, Angelegenheiten der Abfallwirtschaft, Angelegenheiten der Luftreinhaltung und des Strahlenschutzes

2 Recht der inneren Verwaltung

Staatsbürgerschafts- und Personenstandsrecht, Pass- und Melderecht, Fremdenrecht, Vereins- und Versammlungswesen, Waffen- und Sprengmittelwesen

3 Recht der Land- und Forstwirtschaft

Landwirtschaftsrecht, Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Marktordnung, Landarbeitsrecht, Forstrecht, Wasserrecht, Angelegenheiten der Jagd, der Fischerei, des Natur- und Landschaftsschutzes, Veterinärwesen, Angelegenheiten der Bodenreform und des Grundverkehrs

4 Raumordnungs- und Baurecht

Raumordnungs- und Baurecht, Camping- und Mobilheimwesen, Wohn- und Siedlungswesen

5 Sozialrecht

Arbeits- und Sozialversicherungsrecht, Angelegenheiten der Sozial- und Behindertenhilfe, Jugendschutz und Jugendwohlfahrt

6 Schul- und Kulturrecht

Schulrecht, Kindergarten- und Hortwesen, Recht der Massenmedien, Sport- und Volksbildungsrecht, Denkmalschutz- und Kultusrecht

7 Verkehrsrecht

Straßenverkehrs- und Straßenverwaltungsrecht, Kraftfahrwesen, Kraftfahrlinien, Angelegenheiten der Eisenbahn, der Schifffahrt und der Zivilluftfahrt

8 Wirtschaftsrecht

Gewerberecht, Energierecht, Veranstaltungswesen, Preisrecht, Bank-, Geld- und Kreditwesen, Wirtschaftsförderung, Angelegenheiten des Fremdenverkehrs und seiner Förderung

Technische Dienste:

b) für die technischen Dienste nach Wahl der Dienstbehörde drei der nachstehend angeführten Gegenstände; die Dienstbehörde hat bei einem davon festzulegen, dass er nur in Grundzügen zu prüfen ist:

9 Automationsunterstützte Datenverarbeitung

10 Bauwesen

11 Chemie (unter Berücksichtigung der Verwendung des Bediensteten)

12 Elektrische Energietechnik und Technik der Fernwärmeversorgung

13 Elektrische Nachrichtentechnik und Elektronik

14 Energiewirtschaft und Energiepolitik

15 Gas- und Feuerungstechnik

16 Gewerbeteknik

17 Hochbau

18 Hydrologie und Hydrographie

19 Hydrogeologie, Grundbau, Bodenmechanik

20 Kraftfahrwesen

21 Maschinenbau

22 Normenwesen

23 Physik (unter Berücksichtigung der Verwendung des Bediensteten)

24 Raumforschung, Raumordnung und Raumplanung

25 Schifffahrtswesen

26 Strahlenschutz

27 Straßen- und Brückenbau

28 Verkehrserschließung ländlicher Gebiete

29 Technik der Nutzung erneuerbarer Energieträger

30 Umweltschutz

31 Vermessungswesen

- 32 Wasserbau und Wasserwirtschaft**
- 33 Wasserbiologie und Abwasserforschung**
- 34 Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung**
- 35 Wasserwirtschaft und Gewässerschutz**
- 36 Wohn- und Siedlungswesen**

c) für den agrartechnischen Dienst die in Z 3 und 4 (mit Ausnahme des Camping- und Mobilheimwesens) genannten Gegenstände in ihren Grundzügen und nach Wahl der Dienstbehörde zwei der nachstehend angeführten Gegenstände:

- 37 Agrarische Operationen**
einschließlich Vermessungswesen
- 38 Betriebswesen**
Betriebswirtschaftslehre, Bewertungslehre und Statistik
- 39 Land- und Forstwirtschaft**
- 40 Landschaftsgestaltung**
Landschaftsökologie, landwirtschaftlicher Hoch- und Wasserbau

Sonstige Dienste:

d) für den Redaktionsdienst die folgenden Gegenstände:

- 41 Massenmedien und Medienrecht**
- 42 Institutionen, die für die redaktionelle Tätigkeit von Bedeutung sind**

e) für den Wirtschaftsdienst nach Wahl der Dienstbehörde unter Bedachtnahme auf den Verwendungsbereich des Kandidaten Grundzüge eines der in den Z 1 bis 8 angeführten sowie eines der nachstehend angeführten Gegenstände:

- 43 Wirtschaftslehre (die für die Verwendung des Bediensteten maßgeblichen Bereiche der Betriebs- und Volkswirtschaft und der Statistik)**
- 44 Sozialpolitik**

f) für den statistischen Dienst die folgenden Gegenstände:

- 45 Theorie und Technik der Statistik**
- 46 Organisation und rechtliche Grundlagen der amtlichen Statistik**
- 47 Grundlagen der Wirtschafts- und Sozialpolitik**

g) für die übrigen Verwendungen nach Wahl der Dienstbehörde einen der nachstehend angeführten Gegenstände:

- 48 Archäologie**
- 49 Archivwesen**
- 50 Bibliothekswesen**
- 51 Biologie**
- 52 Restaurierung, Konservierung und Technologie**
- 53 Zoologie**

7. Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 6. Feber 2001 über die Grundausbildung für die Verwendungsgruppe B

Auf Grund der §§ 24 bis 36 und 181 Abs. 1 des Landesbeamten-Dienstrechtsgesetzes 1997, LGBl. Nr. 17/1998, zuletzt geändert durch Gesetz LGBl. Nr. 19/1999, wird verordnet:

1. Abschnitt Anwendungsbereich

§ 1

Diese Verordnung regelt die Grundausbildung für die Verwendungsgruppe B.

2. Abschnitt Ausbildung

§ 2

Ausbildungsarten

(1) Die Grundausbildung erfolgt durch praktische Verwendung (Schulung am Arbeitsplatz), durch Selbststudium sowie allenfalls durch einen Ausbildungslehrgang.

(2) Sofern im Folgenden nichts anderes bestimmt ist, hat die praktische Verwendung in der Dauer von mindestens zwei Jahren bei einer oder mehreren Organisationseinheiten des Amtes der Landesregierung oder bei Einrichtungen im Sinne des § 41 LBDG 1997 stattzufinden.

§ 3

Ausbildungslehrgang

(1) Sofern Ausbildungslehrgänge eingerichtet werden, sind jedenfalls nachstehend angeführte Gegenstände vorzusehen:

Gegenstand	Verwendung
1. Österreichisches Verfassungsrecht und Behördenorganisation	für alle Verwendungen
2. Dienst- und Besoldungsrecht der Landesbediensteten	für alle Verwendungen
3. Grundzüge des Haushaltsrechtes	für alle Verwendungen
4. Verwaltungsverfahrensrecht und Kanzleiordnung	für alle Verwendungen
5. Grundzüge der automationsunterstützten Datenverarbeitung	für alle Verwendungen
6. Allgemeine Staatsverrechnung: allgemeine Verrechnungslehre, staatliches Rechnungs- und Kontrollwesen	für den Rechnungs- und Verwaltungsdienst
7. Besondere Staatsverrechnung: Verrechnung des Landes und der Gemeinden, Grundzüge der Verrechnung des Bundes	für den Rechnungs- und Verwaltungsdienst
8. Grundzüge des Finanzrechtes	für den Rechnungs- und Verwaltungsdienst
9. Arbeitnehmerschutz	für die technischen Dienste
10. Grundzüge des Umweltschutzes	für die technischen Dienste (mit Ausnahme des ausschließlich im Bereich der automationsunterstützten Datenverarbeitung tätigen technischen Dienstes)

(2) Die unter Abs. 1 Z 1 angeführten Gegenstände haben auch allgemeine Grundkenntnisse über Organisation, Wirkungsmechanismen und hauptsächliche Regelungsbereiche der Europäischen Union (EU) zu umfassen. Darüber hinaus sind in den in der Anlage angeführten Gegenständen, soweit sie Angelegenheiten der Wirtschaft betreffen, die entsprechenden Bezüge zur EU zu berücksichtigen.

(3) Sind in Gegenständen der Dienstprüfung, die nicht in Abs. 1 angeführt sind, genügend Kandidaten vorhanden, können diese Gegenstände in die jeweiligen Ausbildungslehrgänge miteinbezogen werden.

§ 4**Zulassung zum Ausbildungslehrgang**

(1) Das Zuweisungserfordernis zum Lehrgang im Sinne des § 26 Abs. 1 Z 2 LBDG 1997 erfüllen jene Bediensteten, die am Beginn des Lehrganges seit mindestens sechs Monaten in einer Verwendung stehen, für die der erfolgreiche Abschluss dieser Grundausbildung als Definitivstellungserfordernis vorgeschrieben ist.

(2) Hat ein Bediensteter mehr als ein Drittel des für ihn vorgesehenen Ausbildungslehrganges versäumt, so ist die Zuweisung (Zulassung) zum Lehrgang zu widerrufen.

**3. Abschnitt
Dienstprüfung****§ 5****Form der Dienstprüfung**

Die Dienstprüfung ist schriftlich und mündlich abzulegen.

§ 6**Schriftliche Prüfung**

(1) Die Aufgaben der schriftlichen Prüfung sind dem Stoffgebiet zu entnehmen, das für die mündliche Prüfung des Bediensteten vorgesehen ist. Bei der Themenstellung ist nach Möglichkeit auf die Verwendung des Bediensteten Bedacht zu nehmen.

(2) Die schriftliche Prüfung ist als Klausurarbeit abzuhalten und darf nicht länger als fünf Stunden dauern. Die Klausurarbeit in technischen Fächern darf nicht mehr als sechs Stunden dauern, wenn sie zeichnerische Darstellungen umfasst oder wenn technische Planungsaufgaben zu lösen sind.

§ 7**Mündliche Prüfung**

(1) Die mündliche Prüfung umfasst die in § 3 Abs. 1 für die betreffende Verwendung vorgesehenen Gegenstände.

(2) Die mündliche Prüfung umfasst außerdem die Gegenstände, die nach der Anlage zu dieser Verordnung für die betreffende Verwendung vorgesehen sind oder die entsprechend den Vorschriften dieser Anlage von der Dienstbehörde bestimmt wurden. Die Dienstbehörde hat bei der in der Anlage vorgesehenen Auswahl der Gegenstände auf die Verwendung des Bediensteten Bedacht zu nehmen.

(3) Bei den in der Anlage angeführten Gegenständen sind auch - soweit dort nichts anderes bestimmt wird - die mit dem betreffenden Gegenstand in sachlichem Zusammenhang stehenden Rechtsvorschriften zu prüfen, soweit dies für die betreffende Verwendung in Betracht kommt.

(4) Die mündliche Prüfung ist vor Einzelprüfern abzuhalten. Die Durchführung der Prüfung obliegt einem Mitglied der Prüfungskommission, das den Erfordernissen des § 10 Abs. 2 entspricht und auf dem Prüfungsgebiet besondere Kenntnisse und Erfahrungen besitzt. Eine allfällige Wiederholungsprüfung kann frühestens nach drei Monaten vor einem Prüfungssenat abgelegt werden.

§ 8**Prüfungszeugnis**

Im Prüfungszeugnis sind sämtliche Gegenstände anzuführen, auf die sich die Grundausbildung erstreckt hat. Ausmaß und Umfang der Anrechnung einer Ausbildung oder Prüfung gemäß § 36 LBDG 1997 sind im Prüfungszeugnis anzuführen.

§ 9**Prüfungskommission**

(1) Für die Dienstprüfung ist eine Prüfungskommission beim Amt der Burgenländischen Landesregierung einzurichten.

(2) Zu Mitgliedern der Prüfungskommission dürfen nur Beamte der Verwendungsgruppe A und B oder gleichwertiger Besoldungs- und Verwendungsgruppen sowie sonstige, in ihrem Fach anerkannte, wissenschaftlich tätige Personen bestellt werden. Vortragende beim Lehrgang sind vorzugsweise zu berücksichtigen.

§ 10**Prüfungssenat**

(1) Der Prüfungssenat darf neben dem Vorsitzenden nicht mehr als drei Mitglieder umfassen.

(2) Es sind zu prüfen:

1. die in § 3 Abs. 1 Z 1, 2, 4 und 8 angeführten Gegenstände von rechtskundigen Senatsmitgliedern;

2. die in § 3 Abs. 1 Z 3 und 6 angeführten Gegenstände von einem Beamten der Verwendungsgruppe A;
 3. der in § 3 Abs. 1 Z 7 angeführte Gegenstand von einem Rechnungsbeamten der Verwendungsgruppe B.
- (3) Für Prüfungen technischer Dienste ist ein Absolvent einer technischen Universität als Senatsvorsitzender heranzuziehen.

4. Abschnitt **Anrechnung auf die Grundausbildung**

§ 11

Der Vorsitzende der Prüfungskommission kann nachstehende Ausbildungen und Prüfungen gemäß § 36 Abs. 1 LBDG 1997 auf die Grundausbildung anrechnen:

1. erfolgreicher Abschluss des Fachhochschul-Studienganges „Informationsberufe“,
2. erfolgreich abgeschlossene EDV-Kurse, soweit in ihnen Kenntnisse in dem für den Gegenstand „Grundzüge der automationsunterstützten Datenverarbeitung“ erforderlichen Umfang vermittelt werden.

5. Abschnitt **Sonderbestimmungen für einzelne Verwendungen**

§ 12

Dienst der Lebensmittelrevisoren

Für den Dienst der Lebensmittelrevisoren wird der erfolgreiche Abschluss der Grundausbildung für die Verwendungsgruppe B ersetzt durch die erfolgreiche Ablegung der Prüfung gemäß der Verordnung über die Ausbildung von Aufsichtsorganen, BGBl. Nr. 397/1983.

§ 13

Forsttechnischer Dienst

Für den forsttechnischen Dienst wird der erfolgreiche Abschluss der Grundausbildung für die Verwendungsgruppe B ersetzt durch die erfolgreiche Ablegung der Staatsprüfung für den Försterdienst gemäß der forstlichen Staatsprüfungsverordnung, BGBl. Nr. 221/1989.

§ 14

Rechnungs- und Verwaltungsdienst

(1) Die Dienstprüfung gliedert sich in zwei Teilprüfungen. Die erste Teilprüfung ist vor der zweiten Teilprüfung abzuhalten.

(2) Im ersten Teil der schriftlichen Prüfung hat der Beamte nachzuweisen, dass er in der Lage ist, auf Grund von zur Verfügung gestellten Unterlagen Erledigungen sowohl im hoheitlichen Bereich als auch im Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung des Landes zu entwerfen.

(3) Der erste Teil der mündlichen Prüfung umfasst folgende Gegenstände:

- a) die in § 3 Abs. 1 Z 1, 2, 4 und 5 angeführten Gegenstände,
- b) die gemäß lit. a der Anlage zu dieser Verordnung bestimmten zwei Gegenstände.

(4) Im zweiten Teil der schriftlichen Prüfung hat der Beamte nachzuweisen, dass er in der Lage ist, auf Grund beigelegter Unterlagen die im Rahmen der Haushaltsführung des Landes anfallenden Aufgaben zu erfüllen.

(5) Der zweite Teil der mündlichen Prüfung umfasst die in § 3 Abs. 1 Z 3, 6, 7 und 8 angeführten Gegenstände.

§ 15

Sozialdienst

Für den Sozialdienst wird der erfolgreiche Abschluss der Grundausbildung für die Verwendungsgruppe B ersetzt durch das Diplom einer Akademie für Sozialarbeit.

6. Abschnitt **Schlussbestimmungen**

§ 16

(1) Diese Verordnung tritt mit dem ihrer Verlautbarung folgenden Monatsersten in Kraft.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung treten außer Kraft:

1. Verordnung der Burgenländischen Landesregierung betreffend die Ausbildung und die Prüfung für den Gehobenen Rechnungs- und Verwaltungsdienst, LGBl. Nr. 36/1974,

2. Verordnung der Burgenländischen Landesregierung über die Grundausbildung im Gehobenen technischen Agrardienst, LGBl. Nr. 26/1994.
- (3) Gemäß § 181 Abs. 1 LBDG 1997 treten mit Inkrafttreten dieser Verordnung ferner außer Kraft:
 1. Verordnung des Bundeskanzlers betreffend die Prüfung für den höheren Redaktionsdienst und den gehobenen Redaktionsdienst, BGBl. Nr. 39/1975, soweit sie den gehobenen Redaktionsdienst betrifft,
 2. Verordnung des Bundeskanzlers betreffend die Prüfung für den höheren statistischen Dienst, den gehobenen statistischen Dienst, den statistischen Fachdienst und den mittleren statistischen Dienst, BGBl. Nr. 639/1974, soweit sie den gehobenen statistischen Dienst betrifft,
 3. Verordnung des Bundeskanzlers betreffend die Prüfung für den gehobenen Dienst an Museen, Sammlungen und wissenschaftlichen Anstalten, BGBl. Nr. 155/1972,
 4. Verordnung des Bundeskanzlers betreffend die Prüfung für den gehobenen Archivdienst, BGBl. Nr. 118/1972,
 5. Verordnung des Bundeskanzlers betreffend die Prüfung für den gehobenen technischen Dienst, BGBl. Nr. 220/1973,
 6. Beschluss der Burgenländischen Landesregierung vom 8. November 1967, Zl. I-312-1967, über die Prüfungsvorschrift für die Dienstzweige „Gehobener Verwaltungsdienst“, „Rechnungsdienst“ und „Gehobener Jugendfürsorgedienst“.

Für die Landesregierung:
Nießl

Anlage
Gegenstände gemäß § 7 Abs. 2

Rechnungs- und Verwaltungsdienst:

a) nach Wahl der Dienstbehörde drei der nachfolgend angeführten Gegenstände; die Dienstbehörde hat bei einem der drei gewählten Gegenstände festzulegen, dass er nur in Grundzügen zu prüfen ist:

1 Gesundheitsrecht

Organisation des öffentlichen Sanitätswesens, Angelegenheiten der Abfallwirtschaft, Angelegenheiten der Luftreinhaltung und des Strahlenschutzes

2 Recht der inneren Verwaltung

Staatsbürgerschafts- und Personenstandsrecht, Pass- und Melderecht, Fremdenrecht, Vereins- und Versammlungswesen, Waffen- und Sprengmittelwesen

3 Recht der Land- und Forstwirtschaft

Landwirtschaftsrecht, Forstrecht, Wasserrecht, Angelegenheiten der Jagd, der Fischerei, des Natur- und Landschaftsschutzes

4 Raumordnungs- und Baurecht

Raumordnungs- und Baurecht, Camping- und Mobilheimwesen

5 Sozialrecht

Angelegenheiten der Sozial- und Behindertenhilfe, Jugendschutz und Jugendwohlfahrt

6 Verkehrsrecht

Straßenverkehrs- und Straßenverwaltungsrecht, Kraftfahrwesen

7 Wirtschaftsrecht

Gewerberecht, Veranstaltungswesen, Preisrecht

Technische Dienste:

b) für die technischen Dienste nach Wahl der Dienstbehörde drei der nachstehend angeführten Gegenstände; die Dienstbehörde hat bei einem davon festzulegen, dass er nur in Grundzügen zu prüfen ist:

8 Automationsunterstützte Datenverarbeitung

9 Bauwesen

10 Chemie (unter Berücksichtigung der Verwendung des Bediensteten)

11 Elektrische Energietechnik und Technik der Fernwärmeversorgung

12 Elektrische Nachrichtentechnik und Elektronik

13 Energiewirtschaft und Energiepolitik

14 Gas- und Feuerungstechnik

15 Gewerbeteknik

16 Hochbau

17 Hydrologie und Hydrographie

18 Hydrogeologie, Grundbau, Bodenmechanik

19 Kraftfahrwesen

20 Maschinenbau

21 Normenwesen

22 Physik (unter Berücksichtigung der Verwendung des Bediensteten)

23 Raumforschung, Raumordnung und Raumplanung

24 Schifffahrtswesen

25 Strahlenschutz

26 Straßen- und Brückenbau

27 Verkehrserschließung ländlicher Gebiete

28 Technik der Nutzung erneuerbarer Energieträger

29 Umweltschutz

30 Vermessungswesen

31 Wasserbau und Wasserwirtschaft

32 Wasserbiologie und Abwasserforschung

33 Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

34 Wasserwirtschaft und Gewässerschutz

35 Wohn- und Siedlungswesen

c) für den agrartechnischen Dienst die in Z 3 und 4 (mit Ausnahme des Camping- und Mobilheimwesens) genannten Gegenstände in ihren Grundzügen und nach Wahl der Dienstbehörde zwei der nachstehend angeführten Gegenstände:

36 Agrarische Operationen

einschließlich Vermessungswesen

37 Betriebswesen

Betriebswirtschaftslehre, Bewertungslehre und Statistik

38 Land- und Forstwirtschaft**39 Landschaftsgestaltung**

Landschaftsökologie, landwirtschaftlicher Hoch- und Wasserbau

Sonstige Dienste:

d) für den Jugendwohlfahrtsdienst den in der Z 5 angeführten sowie die nachstehend angeführten Gegenstände:

40 Zivilrecht

Familienrecht, insbesondere Ehe- und Vormundschaftsrecht; Erbrecht, Zivilprozess- und Exekutionsordnung

41 Strafrecht

Jugendstrafrecht, Jugendgerichtswesen

e) für die übrigen Verwendungen nach Wahl der Dienstbehörde einen der nachstehend angeführten Gegenstände:

42 Archivwesen**43 Bibliothekswesen****44 Restaurierung, Konservierung und Technologie**

8. Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 6. Feber 2001 über die Grundausbildung für die Verwendungsgruppe C

Auf Grund der §§ 24 bis 36 und 181 Abs. 1 des Landesbeamten-Dienstrechtsgesetzes 1997, LGBl. Nr. 17/1998, zuletzt geändert durch Gesetz LGBl. Nr. 19/1999, wird verordnet:

1. Abschnitt Anwendungsbereich

§ 1

Diese Verordnung regelt die Grundausbildung für die Verwendungsgruppe C.

2. Abschnitt Ausbildung

§ 2

Ausbildungsarten

(1) Die Grundausbildung erfolgt durch praktische Verwendung (Schulung am Arbeitsplatz), durch Selbststudium sowie allenfalls durch einen Ausbildungslehrgang.

(2) Sofern im Folgenden nichts anderes bestimmt ist, hat die praktische Verwendung in der Dauer von mindestens zwei Jahren bei einer oder mehreren Organisationseinheiten des Amtes der Landesregierung oder bei Einrichtungen im Sinne des § 41 LBDG 1997 stattzufinden.

§ 3

Ausbildungslehrgang

(1) Sofernne Ausbildungslehrgänge eingerichtet werden, sind jedenfalls nachstehend angeführte Gegenstände vorzusehen:

Gegenstand	Verwendung
1. Grundzüge des österreichischen Verfassungsrechts und Behördenorganisation	für alle Verwendungen
2. Grundzüge des Dienst- und Besoldungsrechtes der Landesbediensteten	für alle Verwendungen
3. Grundzüge des Haushaltsrechtes	für alle Verwendungen
4. Grundzüge des Verwaltungsverfahrenrechtes und Kanzleiordnung	für alle Verwendungen
5. Grundzüge der automationsunterstützten Datenverarbeitung	für alle Verwendungen
6. Grundzüge der allgemeinen Staatsverrechnung: allgemeine Verrechnungslehre, staatliches Rechnungs- und Kontrollwesen	für den Rechnungs- und Verwaltungsdienst
7. Besondere Staatsverrechnung: Verrechnung des Landes	für den Rechnungs- und Verwaltungsdienst
8. Grundzüge des Finanzrechtes	für den Rechnungs- und Verwaltungsdienst
9. Arbeitnehmerschutz	für die technischen Dienste
10. Grundzüge des Umweltschutzes	für die technischen Dienste (mit Ausnahme des ausschließlich im Bereich der automationsunterstützten Datenverarbeitung tätigen technischen Dienstes)

(2) Die unter Abs. 1 Z 1 angeführten Gegenstände haben auch allgemeine Grundkenntnisse über Organisation, Wirkungsmechanismen und hauptsächliche Regelungsbereiche der Europäischen Union (EU) zu umfassen.

(3) Sind in Gegenständen der Dienstprüfung, die nicht in Abs. 1 angeführt sind, genügend Kandidaten vorhanden, können diese Gegenstände in die jeweiligen Ausbildungslehrgänge miteinbezogen werden.

§ 4

Zulassung zum Ausbildungslehrgang

Das Zuweisungserfordernis zum Lehrgang im Sinne des § 26 Abs. 1 Z 2 LBDG 1997 erfüllen jene Bediens-

teten, die am Beginn des Lehrganges seit mindestens sechs Monaten in einer Verwendung stehen, für die der erfolgreiche Abschluss dieser Grundausbildung als Definitivstellungserfordernis vorgeschrieben ist.

Hat ein Bediensteter mehr als ein Drittel des für ihn vorgesehenen Ausbildungslehrganges versäumt, so ist die Zuweisung (Zulassung) zum Lehrgang zu widerrufen.

3. Abschnitt Dienstprüfung

§ 5 Form der Dienstprüfung

Die Dienstprüfung ist schriftlich und mündlich abzulegen.

§ 6 Schriftliche Prüfung

(1) Die Aufgaben der schriftlichen Prüfung sind dem Stoffgebiet zu entnehmen, das für die mündliche Prüfung des Bediensteten vorgesehen ist. Bei der Themenstellung ist nach Möglichkeit auf die Verwendung des Bediensteten Bedacht zu nehmen.

(2) Die schriftliche Prüfung ist als Klausurarbeit abzuhalten und darf nicht länger als vier Stunden dauern. Die Klausurarbeit in technischen Fächern darf nicht mehr als fünf Stunden dauern, wenn sie zeichnerische Darstellungen umfasst oder wenn technische Planungsaufgaben zu lösen sind.

§ 7 Mündliche Prüfung

(1) Die mündliche Prüfung umfasst die in § 3 Abs. 1 für die betreffende Verwendung vorgesehenen Gegenstände.

(2) Die mündliche Prüfung umfasst außerdem die Gegenstände, die nach der Anlage zu dieser Verordnung für die betreffende Verwendung vorgesehen sind oder die entsprechend den Vorschriften dieser Anlage von der Dienstbehörde bestimmt wurden. Die Dienstbehörde hat bei der in der Anlage vorgesehenen Auswahl der Gegenstände auf die Verwendung des Bediensteten Bedacht zu nehmen.

(3) Bei den in der Anlage angeführten Gegenständen sind auch - soweit dort nichts anderes bestimmt wird - die mit dem betreffenden Gegenstand in sachlichem Zusammenhang stehenden Rechtsvorschriften zu prüfen, soweit dies für die betreffende Verwendung in Betracht kommt.

(4) Die mündliche Prüfung ist vor Einzelprüfern abzuhalten. Die Durchführung der Prüfung obliegt einem Mitglied der Prüfungskommission, das den Erfordernissen des § 10 Abs. 2 entspricht und auf dem Prüfungsgebiet besondere Kenntnisse und Erfahrungen besitzt. Eine allfällige Wiederholungsprüfung kann frühestens nach drei Monaten vor einem Prüfungssenat abgelegt werden.

§ 8 Prüfungszeugnis

Im Prüfungszeugnis sind sämtliche Gegenstände anzuführen, auf die sich die Grundausbildung erstreckt hat. Ausmaß und Umfang der Anrechnung einer Ausbildung oder Prüfung gemäß § 36 LBDG 1997 sind im Prüfungszeugnis anzuführen.

§ 9 Prüfungskommission

(1) Für die Dienstprüfung ist eine Prüfungskommission beim Amt der Burgenländischen Landesregierung einzurichten.

(2) Zu Mitgliedern der Prüfungskommission dürfen nur Beamte der Verwendungsgruppe A und B oder gleichwertiger Besoldungs- und Verwendungsgruppen sowie sonstige, in ihrem Fach anerkannte, wissenschaftlich tätige Personen bestellt werden. Vortragende beim Lehrgang sind vorzugsweise zu berücksichtigen.

§ 10 Prüfungssenat

(1) Der Prüfungssenat darf neben dem Vorsitzenden nicht mehr als drei weitere Mitglieder umfassen.

(2) Es sind zu prüfen:

1. die in § 3 Abs. 1 Z 1, 2, 4 und 8 angeführten Gegenstände von rechtskundigen Senatsmitgliedern;
2. die in § 3 Abs. 1 Z 3 und 6 angeführten Gegenstände von einem Beamten der Verwendungsgruppe A;
3. der in § 3 Abs. 1 Z 7 angeführte Gegenstand von einem Rechnungsbeamten der Verwendungsgruppe B.

(3) Für Prüfungen technischer Dienste ist ein Absolvent einer technischen Universität als Senatsvorsitzender heranzuziehen.

4. Abschnitt **Anrechnung auf die Grundausbildung**

§ 11

Der Vorsitzende der Prüfungskommission kann gemäß § 36 Abs. 1 LBDG 1997 erfolgreich abgeschlossene EDV-Kurse, soweit in ihnen Kenntnisse in dem für den Gegenstand „Grundzüge der automationsunterstützten Datenverarbeitung“ erforderlichen Umfang vermittelt werden, auf die Grundausbildung anrechnen.

5. Abschnitt **Schlussbestimmungen**

§ 12

(1) Diese Verordnung tritt mit dem ihrer Verlautbarung folgenden Monatsersten in Kraft.

(2) Gemäß § 181 Abs. 1 LBDG 1997 treten mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung außer Kraft:

1. Beschluss der Burgenländischen Landesregierung vom 11. Oktober 1956, Zl. LAD/II-1344/77-1956, über die provisorische Vorschrift über die Prüfung für den Dienstzweig „Verwaltungsdienst“ und „Fachlicher Jugendfürsorgedienst“,
2. Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung vom 17. Jänner 1973 betreffend die Prüfung für den Fachdienst an wissenschaftlichen Bibliotheken, BGBl. Nr. 88/1973 in der Fassung BGBl. Nr. 549/1973 und 381/1975,
3. Beschluss der Burgenländischen Landesregierung vom 18. März 1959, Zl. LAD/II-101/2-1959, in Verbindung mit dem Erlass des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 17. Juli 1951, Zl. 24.719-I/4b/51, in weiterer Verbindung mit der Kundmachung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 7. Dezember 1948, betreffend den Erlass einer Vorschrift über die Fachprüfung für den mittleren technischen Dienst bei den Agrarbehörden, BGBl. Nr. 18/1949,
4. Verordnung des Bundeskanzlers vom 26. April 1973 betreffend die Prüfung für den technischen Fachdienst, BGBl. Nr. 221/1973,
5. Verordnung des Bundeskanzlers betreffend die Prüfung für den höheren statistischen Dienst, den gehobenen statistischen Dienst, den statistischen Fachdienst und den mittleren statistischen Dienst, BGBl. Nr. 639/1974, soweit sie den statistischen Fachdienst betrifft.

Für die Landesregierung:
Nießl

Anlage
Gegenstände gemäß § 7 Abs. 2

Rechnungs- und Verwaltungsdienst:

a) nach Wahl der Dienstbehörde zwei der nachfolgend angeführten Gegenstände:

1 Gesundheitsrecht

Organisation des öffentlichen Sanitätswesens, Angelegenheiten der Abfallwirtschaft, Angelegenheiten der Luftreinhaltung und des Strahlenschutzes

2 Recht der inneren Verwaltung

Staatsbürgerschafts- und Personenstandsrecht, Pass- und Melderecht, Fremdenrecht, Vereins- und Versammlungswesen, Waffen- und Sprengmittelwesen

3 Recht der Land- und Forstwirtschaft

Landwirtschaftsrecht, Forstrecht, Wasserrecht, Angelegenheiten der Jagd, der Fischerei, des Natur- und Landschaftsschutzes

4 Raumordnungs- und Baurecht

Raumordnungs- und Baurecht, Camping- und Mobilheimwesen

5 Sozialrecht

Angelegenheiten der Sozial- und Behindertenhilfe, Jugendschutz und Jugendwohlfahrt

6 Verkehrsrecht

Straßenverkehrs- und Straßenverwaltungsrecht, Kraftfahrwesen

7 Wirtschaftsrecht

Gewerberecht, Veranstaltungswesen, Preisrecht

Technische Dienste:

b) nach Wahl der Dienstbehörde zwei der nachstehend angeführten Gegenstände:

8 Agrarische Operationen

9 Automationsunterstützte Datenverarbeitung

10 Bauwesen

11 Betriebswesen

12 Chemie (unter Berücksichtigung der Verwendung des Bediensteten)

13 Elektrische Energietechnik und Technik der Fernwärmeversorgung

14 Elektrische Nachrichtentechnik und Elektronik

15 Energiewirtschaft und Energiepolitik

16 Gas- und Feuerungstechnik

17 Gewerbeteknik

18 Hochbau

19 Hydrologie und Hydrographie

20 Hydrogeologie, Grundbau, Bodenmechanik

21 Kraftfahrwesen

22 Land- und Forstwirtschaft

23 Landschaftsgestaltung

24 Maschinenbau

25 Normenwesen

26 Physik (unter Berücksichtigung der Verwendung des Bediensteten)

27 Raumforschung, Raumordnung und Raumplanung

28 Schifffahrtswesen

29 Strahlenschutz

30 Straßen- und Brückenbau

31 Verkehrserschließung ländlicher Gebiete

32 Technik der Nutzung erneuerbarer Energieträger

33 Vermessungswesen

34 Wasserbau und Wasserwirtschaft

35 Wasserbiologie und Abwasserforschung

36 Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

37 Wasserwirtschaft und Gewässerschutz

38 Wohn- und Siedlungswesen

9. Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 6. Feber 2001 über die Grundausbildung für die Verwendungsgruppe D

Auf Grund der §§ 24 bis 36 und 181 Abs. 1 des Landesbeamten-Dienstrechtsgesetzes 1997, LGBl. Nr. 17/1998, zuletzt geändert durch Gesetz LGBl. Nr. 19/1999, wird verordnet:

1. Abschnitt Anwendungsbereich

§ 1

Diese Verordnung regelt die Grundausbildung für die Verwendungsgruppe D.

2. Abschnitt Ausbildung

§ 2

Ausbildungsarten

(1) Die Grundausbildung erfolgt durch praktische Verwendung (Schulung am Arbeitsplatz), durch Selbststudium sowie allenfalls durch einen Ausbildungslehrgang.

(2) Sofern im Folgenden nichts anderes bestimmt ist, hat die praktische Verwendung in der Dauer von mindestens zwei Jahren bei einer oder mehreren Organisationseinheiten des Amtes der Landesregierung oder bei Einrichtungen im Sinne des § 41 LBDG 1997 stattzufinden.

§ 3

Ausbildungslehrgang

(1) Sofern Ausbildungslehrgänge eingerichtet werden, sind jedenfalls nachstehend angeführte Gegenstände vorzusehen:

Gegenstand	Verwendung
1. Grundzüge des österreichischen Verfassungsrechts und Behördenorganisation	für alle Verwendungen
2. Grundzüge des Dienst- und Besoldungsrechtes der Landesbediensteten	für alle Verwendungen
3. Grundzüge des Haushaltsrechtes	für alle Verwendungen
4. Grundzüge des Verwaltungsverfahrenrechtes und Kanzleiordnung	für alle Verwendungen
5. Grundzüge der automationsunterstützten Datenverarbeitung	für alle Verwendungen
6. Grundzüge der Verrechnung des Landes	für den Verwaltungs- und Kanzleidiens
7. Arbeitnehmerschutz	für die technischen Dienste
8. Grundzüge des Umweltschutzes	für die technischen Dienste (mit Ausnahme des ausschließlich im Bereich der automationsunterstützten Datenverarbeitung tätigen technischen Dienstes)

(2) Die unter Abs. 1 Z 1 angeführten Gegenstände haben auch allgemeine Grundkenntnisse über Organisation, Wirkungsmechanismen und hauptsächliche Regelungsbereiche der Europäischen Union (EU) zu umfassen.

(3) Sind in Gegenständen der Dienstprüfung, die nicht in Abs. 1 angeführt sind, genügend Kandidaten vorhanden, können diese Gegenstände in die jeweiligen Ausbildungslehrgänge miteinbezogen werden.

§ 4

Zulassung zum Ausbildungslehrgang

Das Zuweisungserfordernis zum Lehrgang im Sinne des § 26 Abs. 1 Z 2 LBDG 1997 erfüllen jene Bediensteten, die am Beginn des Lehrganges seit mindestens sechs Monaten in einer Verwendung stehen, für die der erfolgreiche Abschluss dieser Grundausbildung als Definitivstellungserfordernis vorgeschrieben ist.

Hat ein Bediensteter mehr als ein Drittel des für ihn vorgesehenen Ausbildungslehrganges versäumt, so ist die Zuweisung (Zulassung) zum Lehrgang zu widerrufen.

3. Abschnitt Dienstprüfung

§ 5 Form der Dienstprüfung

Die Dienstprüfung ist schriftlich und mündlich abzulegen.

§ 6 Schriftliche Prüfung

(1) Die Aufgaben der schriftlichen Prüfung sind dem Stoffgebiet zu entnehmen, das für die mündliche Prüfung des Bediensteten vorgesehen ist. Bei der Themenstellung ist nach Möglichkeit auf die Verwendung des Bediensteten Bedacht zu nehmen.

(2) Die schriftliche Prüfung ist als Klausurarbeit abzuhalten und darf nicht länger als drei Stunden dauern. Die Klausurarbeit in technischen Fächern darf nicht mehr als vier Stunden dauern, wenn sie zeichnerische Darstellungen umfasst oder wenn technische Planungsaufgaben zu lösen sind.

§ 7 Mündliche Prüfung

(1) Die mündliche Prüfung umfasst die in § 3 Abs. 1 für die betreffende Verwendung vorgesehenen Gegenstände.

(2) Die mündliche Prüfung umfasst außerdem die Gegenstände, die nach der Anlage zu dieser Verordnung für die betreffende Verwendung vorgesehen sind oder die entsprechend den Vorschriften dieser Anlage von der Dienstbehörde bestimmt wurden. Die Dienstbehörde hat bei der in der Anlage vorgesehenen Auswahl der Gegenstände auf die Verwendung des Bediensteten Bedacht zu nehmen.

(3) Bei den in der Anlage angeführten Gegenständen sind auch - soweit dort nichts anderes bestimmt wird - die mit dem betreffenden Gegenstand in sachlichem Zusammenhang stehenden Rechtsvorschriften zu prüfen, soweit dies für die betreffende Verwendung in Betracht kommt.

(4) Die mündliche Prüfung ist vor Einzelprüfern abzuhalten. Die Durchführung der Prüfung obliegt einem Mitglied der Prüfungskommission, das den Erfordernissen des § 10 Abs. 2 entspricht und auf dem Prüfungsgebiet besondere Kenntnisse und Erfahrungen besitzt. Eine allfällige Wiederholungsprüfung kann frühestens nach drei Monaten vor einem Prüfungssenat abgelegt werden.

§ 8 Prüfungszeugnis

Im Prüfungszeugnis sind sämtliche Gegenstände anzuführen, auf die sich die Grundausbildung erstreckt hat. Ausmaß und Umfang der Anrechnung einer Ausbildung oder Prüfung gemäß § 36 LBDG 1997 sind im Prüfungszeugnis anzuführen.

§ 9 Prüfungskommission

(1) Für die Dienstprüfung ist eine Prüfungskommission beim Amt der Burgenländischen Landesregierung einzurichten.

(2) Zu Mitgliedern der Prüfungskommission dürfen nur Beamte der Verwendungsgruppe A und B oder gleichwertiger Besoldungs- und Verwendungsgruppen sowie sonstige, in ihrem Fach anerkannte, wissenschaftlich tätige Personen bestellt werden. Vortragende beim Lehrgang sind vorzugsweise zu berücksichtigen.

§ 10 Prüfungssenat

(1) Der Prüfungssenat darf neben dem Vorsitzenden nicht mehr als drei weitere Mitglieder umfassen.

(2) Es sind zu prüfen:

1. die in § 3 Abs. 1 Z 1, 2 und 4 angeführten Gegenstände von rechtskundigen Senatsmitgliedern;
2. der in § 3 Abs. 1 Z 3 angeführte Gegenstand von einem Beamten der Verwendungsgruppe A;
3. der in § 3 Abs. 1 Z 6 angeführte Gegenstand von einem Rechnungsbeamten der Verwendungsgruppe B.

(3) Für Prüfungen technischer Dienste ist ein Absolvent einer technischen Universität als Senatsvorsitzender heranzuziehen.

4. Abschnitt

Anrechnung auf die Grundausbildung

§ 11

Der Vorsitzende der Prüfungskommission kann gemäß § 36 Abs. 1 LBDG 1997 erfolgreich abgeschlossene EDV-Kurse, soweit in ihnen Kenntnisse in dem für den Gegenstand „Grundzüge der automationsunterstützten Datenverarbeitung“ erforderlichen Umfang vermittelt werden, auf die Grundausbildung anrechnen.

5. Abschnitt

Schlussbestimmungen

§ 12

(1) Diese Verordnung tritt mit dem ihrer Verlautbarung folgenden Monatsersten in Kraft.

(2) Gemäß § 181 Abs. 1 LBDG 1997 treten mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung außer Kraft:

1. Verordnung der Bundesregierung vom 7. März 1972 betreffend die Allgemeine Kanzleiprüfung, BGBl. Nr. 87/1972,
2. Verordnung des Bundeskanzlers vom 26. April 1973 betreffend die Prüfung für den mittleren technischen Dienst, BGBl. Nr. 222/1973,
3. Kundmachung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 7. Dezember 1948, betreffend die Erlassung einer Vorschrift über die Fachprüfung für den mittleren technischen Dienst bei den Agrarbehörden, BGBl. Nr. 18/1949,
4. Verordnung des Bundeskanzlers betreffend die Prüfung für den höheren statistischen Dienst, den gehobenen statistischen Dienst, den statistischen Fachdienst und den mittleren statistischen Dienst, BGBl. Nr. 639/1974, soweit sie den mittleren statistischen Dienst betrifft.

Für die Landesregierung:
Nießl

Anlage
Gegenstände gemäß § 7 Abs. 2

Technische Dienste:

nach Wahl der Dienstbehörde einen der nachstehend angeführten Gegenstände:

- 1 Agrarische Operationen**
- 2 Automationsunterstützte Datenverarbeitung**
- 3 Bauwesen**
- 4 Gas- und Feuerungstechnik**
- 5 Gewerbeteknik**
- 6 Hochbau**
- 7 Hydrologie und Hydrographie**
- 8 Hydrogeologie, Grundbau, Bodenmechanik**
- 9 Kraftfahrwesen**
- 10 Land- und Forstwirtschaft**
- 11 Landschaftsgestaltung**
- 12 Maschinenbau**
- 13 Normenwesen**
- 14 Raumforschung, Raumordnung und Raumplanung**
- 15 Straßen- und Brückenbau**
- 16 Verkehrserschließung ländlicher Gebiete**
- 17 Vermessungswesen**
- 18 Wasserbau und Wasserwirtschaft**
- 19 Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung**
- 20 Wasserwirtschaft und Gewässerschutz**
- 21 Wohn- und Siedlungswesen**